

E. L. Berlin, 29. Januar.

Deutscher Reichstag.

28. Plenarsitzung vom 29. Januar,
1 Uhr.

Bei Eröffnung der Sitzung sind acht Abgeordnete anwesend.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt bei dem Kapitel Patentamt.

Abg. Hammer (nl.) weist hin auf die fortwährende Zunahme der Geschäfte des Patentamts, wodurch sich die im Etat vorgesehene Verrechnung der Zahl der Beamten hinreichend rechtfertigt. Diese Vermehrung genüge sogar seiner Ansicht nach noch nicht, wie daraus erhelle, daß durchschnittlich von Einreichung eines Patents bis zur amtlichen Erledigung desselben 312 Tage verstreichen. Die Frage darüber sei eine begründete. Ebenso die Frage über die Thätigkeit gewisser Patentanwälte. Es empfehle sich, die Patentanwälte zur Fortsetzung ihrer Thätigkeit zu verpflichten. Die Zulassung von Patentanwälten sei nicht so sehr abhängig von einem Befähigungsnachweis, als von dem Nachweis der moralischen Qualifikation. Sehr zweckmäßig wäre der Zutritt Deutschlands zur internationalen Patent-Union. Ein unlängst stattgehabter Kongreß privater Interessenten habe diesen Anschlag Deutschlands an die Union dringend empfohlen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Eine weitere Vermehrung des Beamtenpersonals ist schon erzwungen. Sollten die Geschäfte des Patentamts auch im laufenden Jahre weiter so zunehmen, so wird man sich im nächsten Etat dazu entschließen müssen. Daß das Publikum von einzelnen gewissenlosen Patentanwälten ausgebeutet wird, ist richtig. Diese Frage wird am besten nicht auf administrativem, sondern auf gesetzgeberischem Wege geregelt werden. Finde ich die Zustimmung der Regierung, so beschließt ich für die nächste Session eine Vorlage über die Stellung der Patentanwälte. Was den Anschlag an die Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums anlangt, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß unsere Forderungen werden bewilligt werden, und daß wir alsdann in der Lage sein werden, der Union beizutreten.

Kapitel „Patentamt“ wird sodann genehmigt. Bei dem Kapitel „Reichsversicherungsamt“ kommt

Abg. Molkenbühr (Sog.) zurück auf die Empfehlung der Hülfslichen Schriften durch den Präsidenten des Amtes. Es sei eine Gefühlsregung, einem erkrankten Sozialdemokraten Schriften zu lesen zu geben, in denen die Sozialdemokratie angegriffen und beleidigt werde. Weber bemängelt weiter die Art der Rentenbewilligungen; die Bewilligung von Vollrenten nehme immer mehr ab. Aus nichtigen Gründen verweigere man die Vollrente, indem man Verungläubte, z. B. Zimmerer, auf das Bismarckmachen verweise. Namentlich fälschlich würden Vollrenten bewilligt von der südwestdeutschen Eisenindustrie - Berufsvereinschaft, der Herr von Stumm so nahe stehe. Der Geist der Unternehmer, auf den die Regierung wie immer viel zu viel Rücksicht nehme, erhebe u. A. auch über deren Widerstand gegen die Herabsetzung der Ratenzahl, obwohl diese den Unternehmern nur 1/4 Pf. pro Tag und Kopf der Arbeiter ausgemacht haben würde. Wie gering seien die Unfallkosten der Unternehmer! Bei den gewerblichen Berufsvereinschaften pro Kopf 8 Mark 78 Pf. im Jahre, also noch nicht einmal 3 Pf. pro Tag. Bei den landwirtschaftlichen Berufsvereinschaften gar nur 1 Mark 41 Pf. im Jahre, also noch nicht 1/2 Pf. pro Tag! Und da habe man den Arbeitern bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit vor, welche Wohlthaten ihnen von den Unternehmern erwiesen würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor von Wobbe bezieht den Vorwurf als unrichtig, daß die Unternehmer nur auf ihren Profit bedacht seien. Daß die Rentenbeträge abnimmen, sei erklärlich angesichts der Zunahme gerade der kleinen Ulfälle, während der Prozentsatz der Fälle mit voller Erwerbsunfähigkeit dauernd in Abnahme liege. Die Vorwürfe gegen die Berufsvereinschaften seien also haltlos. Auch stehe ja jedem Verletzten gegen den Beschädigten der Genossenschaft Berufung und Revision zu, und es sei ja bekannt, daß das Reichsversicherungsamt stets geneigt sei, das Gesetz eher zu Gunsten der Arbeiter auszulagen, als zu Ungunsten. Was für die Arbeiter geschehe, sei jedenfalls keine Bagatelie.

Abg. v. Stumm (Wp.) bestreitet, daß die Hülfslichen Schriften gerade den sozialdemokratischen Strömungen aufzufallen würden. Die Thätigkeit der Berufsvereinschaften werde, abgesehen von den Sozialdemokraten, allgemein nur lobend anerkannt, und die Thätigkeit des Reichsversicherungsamts sei ja sogar von den Sozialdemokraten selber stets gebilligt worden. Der Angriff Molkenbührs auf die südwestdeutsche Eisen-Berufsvereinschaft wäre nur dann berechtigt, wenn derselbe nachweisen könnte, daß die Rentenbeträge der Genossenschaft von der höheren Zuständigkeit reproduziert zu werden pflegten. Das sei aber nicht nachweisbar. Er selbst sei ja bekanntlich, wenn er auch die Herabsetzung der Ratenzahl bekämpfe, stets für Revidieren-Veränderung eingetreten. Alle Vorwürfe gegen ihn prallten daher von ihm ab. Weber verteidigt dann noch das Widerstreben der Berufsvereinschaften gegen eine Reihe von Bestimmungen der vorjährigen Unfallnovelle. Die Berufsvereinschaften seien im Gegentrag zu Herrn Mörike, einmütig der Ansicht gewesen, daß, wenn man ihnen jene Bestimmungen aufzuhängen, es besser wäre, daß man ihnen ihre Aufgaben ganz abnehme und den Weg der Reichsversicherungsanstalt betreibe.

Abg. Singer (Sog.) führt nochmals Beschwerde über die Empfehlung der Hülfslichen Schriften durch den Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Herrn Mörike, der noch dazu auf hohen Befehl, aufsteigend gegen seinen eigenen Willen, gehandelt habe. Es handle sich hier um einen Akt persönlichen Regiments, dem man wohl hier unter dem Schutze der Immunität, aber nicht drange im Lande entgegenzutreten könne, da alsdann vielleicht der dolus eventualis in Anwendung kommen würde. Jedenfalls würden die Arbeiter bei den Wahlen die gebührende Antwort geben.

Abg. Töbe (Fr.) erklärt, auf die Einzelheiten der vorjährigen Unfallnovelle nicht heute

eingehen zu wollen. Er bedauere aber, daß die Novelle diesmal nicht wieder eingebracht sei. Was die Hülfsliche Angelegenheit anlangt, so begreife er nicht recht die Aufregung der Sozialdemokraten darüber. Er habe die Schriften selbst nicht gelesen, aber er möchte allerdings den Staatssekretär bitten, in solchen Dingen recht vorsichtig zu sein, damit es nicht scheine, als ob auf die Unfallkosten in solcher Weise politisch eingewirkt werden solle.

Abg. Hammer (natl.) weist entschärfend die Vorwürfe Molkenbührs gegen die Unternehmer zurück. In keinem anderen Lande seien die Arbeitgeber so humanen Rücksichten gegen die Arbeiter geleitet, wie in Deutschland. Molkenbühr sehe ja die Unternehmer geradezu wie wilde Thiere an und wie Leute, die ins Zuchthaus gehörten. Er protestiere gegen die Art, wie Molkenbühr solche schwere Vorwürfe gegen anständige Leute richtete.

Staatssekretär Graf Posadowsky, der nach kurzer Abwesenheit wieder im Saal erschienen ist, erklärt, durch eine wichtige Sitzung des Staatsministeriums abgerufen gewesen zu sein. Wir machen, fährt er fort, doch wohl alle die besten Geschäfte, wenn wir unsere gegenseitige Stellung achten. Ihre Angriffe wegen des Erlasses (in der Hülfslichen Sache) bitte ich Sie, gegen den Reichskanzler zu richten oder gegen seinen Stellvertreter, also gegen mich. Ich habe den Erlass genehmigt und ich übernehme jede Verantwortung dafür. Meritorisch auf den Erlass einzugehen, habe ich keinen Anlaß.

Abg. Molkenbühr (Sog.) sucht noch, maßt die Berechtigung seiner Angriffe gegen die Unternehmer und die Berufsvereinschaften nachzuweisen. Hammer sage, unsere Unternehmer seien humaner, als irgend andere im Auslande. Aber solche Brutalität, wie hier bei Nichtachtung des Koalitionsrechts der Arbeiter, sei ihm (Molkenbühr) beispielsweise in Amerika noch nicht vorgekommen.

Abg. Fischel (frei, Volksp.) protestiert gegen die Art und Weise, wie von den Sozialdemokraten immer wieder über die Berufsvereinschaften hergezogen werde. Daß letztere so schwere Vorwürfe nicht verdienen, geht doch schon daraus hervor, daß gerade die Berufsvereinschaften dem Reichsversicherungsamt und seinen Entscheidungen die höchste Achtung entgegenbringen. Daß die Genossenschaften nicht immer so einseitig seien, wie die Arbeiter es sein wollen, ist doch nur natürlich, denn die Genossenschaften haben doch nicht nur die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, sondern auch die Interessen der Unternehmer. Daß das bestehende Gesetz reformbedürftig ist, erkenne ich an, aber man darf mit der Kritik desselben nicht gar so weit gehen. Daß die vorjährige Novelle uns nicht wieder vorgelegt worden ist, bedauere auch ich. Was die Hülfslichen Schriften anlangt, so bezieht es sich auf den Erlass, die Berufsvereinschaften sollen in Anspruch genommen werden für Bekämpfung der gemeingefährlichen Verbreitungen der Sozialdemokratie. Wie in aller Welt darf eine Behörde wie das Reichsversicherungsamt, eine noch dazu rechtfertigende Behörde, die auf das Vertrauen aller Parteien angewiesen ist, in solcher Weise in den Kampf der Parteien hineingezogen werden? Und wie darf man dies den Berufsvereinschaften zumuten, die sich ebenfalls doch nur an die Aufgaben zu halten haben, die ihnen durch das Gesetz zugewiesen sind?

Abg. Debel (Sog.) erinnert daran, daß einer im Februar v. J. stattgehabten Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller zahlreiche Herren von der Regierung beigegeben hätten, darunter Herr v. Wobbe, Herr v. Wöhrer. Würde da nicht diesem Unternehmerverband der Ramm schwellen und er sich für maßgebend halten? Zumal wenn man bedenkt, wie devot die genannten Herren ihrer Freundschaft und ihrem Dank für Ausbruch gegeben hätten, daß es ihnen „gestattet“ gewesen sei, der Versammlung beizuwohnen. (Heiterkeit.) Was den Erlass bezüglich der Hülfslichen Schriften anlangt, so habe der Staatssekretär mit diesem antizipierten Erlass offenbar seine Stellung mißbraucht. Er wiederhole dieses Wort ausdrücklich. Sein Freund Singer habe ganz richtig die Quelle bezeichnet, aus der der Erlass geflossen sei. Jetzt wisse man auch, woher die Gelehrer diese Schriften gegen die Sozialdemokraten kämen. Wollte der Herr Staatssekretär nicht vielleicht selber angeben, wie er zu dem Erlass gekommen sei? Weber wendet sich dann gegen Hammer, der ja von Molkenbühr gar nicht angegriffen sei. Letzterer habe auch gar nicht alle Berufsvereinschaften angegriffen. Wo Arbeiterbegeisterung human sein, werde dies von den Sozialdemokraten stets anerkannt. (Lachen rechts.)

Abg. v. Salisch (Konf.): Es ist selbstverständlich, daß ich die Ansichten Dehls über die Hülfslichen Schriften nicht theile. Ich kenne ja die Schriften nicht (Stürmische Heiterkeit), aber ich kann nur, nach meiner Kenntnis ähnlicher Schriften, annehmen, daß dieselben gut sind. Herr Töbe sagt, der Staatssekretär solle mit Vergleich vorzuziehen sein. Ich meine dagegen doch, daß es Pflicht der Regierung ist, einen gewissen Einklang zu üben, um Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, Ehrfurcht vor dem Könige zu fördern.

Abg. Singer: Da meine Darstellung, daß der Erlass wegen der Hülfslichen Schriften auf direkten Wunsch des Kaisers zurückzuführen sei, von keiner Seite bestritten ist, so darf ich wohl annehmen, daß diese meine Angabe richtig ist.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich kann dem Herrn Abgeordneten nur wiederholen, daß innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen die Angriffe sich nur richten können gegen den Reichskanzler und nicht; wenn sich die Angriffe gegen Andere richten, so liegen darin die Keime kühner Konflikte. Ich bin bereit, Ihnen Tag für Tag als Angelfang zu dienen, schreiben Sie nur auf mich! Herr Debel nennt den Erlass einen Mißbrauch meiner amtlichen Stellung. Aber der Erlass empfindet nur und überläßt es den Lokalbehörden, in geeigneten Fällen von den Hülfslichen Schriften Gebrauch zu machen. Darin liegt doch kein Mißbrauch. Unsere Gefährlichkeit endlich, die Unfallnovelle in dieser Novelle nicht wiederzubringen, sind ganz unabhängig von dem Zentralverband deutscher Industrieller gefaßt worden.

Abg. Debel bleibt dabei, daß jener Erlass ein Mißbrauch sei.

Präsident v. Bülow: Ich nehme an, daß

der Herr Abgeordnete nur einen objektiven Mißbrauch meint. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Das Kapitel wird genehmigt.

Bei dem Kapitel „Physikalisch-technische Reichsanstalt“ befragt Abg. Schmidt-Eberfeld eine Resolution betreffend Verfertigung geeigneter Einrichtungen für das Materialprüfungsweien.

Staatssekretär Graf Posadowsky versichert, es werde schon im nächsten Etat eine entsprechende Einstellung erfolgen.

Nach kurzer Debatte wird die Resolution angenommen.

Hierauf verlag sich das Haus.
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr.
Tagesordnung: Etat des Reichskanzlers, dann Rest des Etats des Reichsamts des Innern.
Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 29. Januar.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
10. Plenarsitzung vom 29. Januar,
11 Uhr.

Am Ministerische Freiherr v. Hammerstein und Kommissarien.

Die Spezialberatung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Ehlers (fr. Wg.): Ich bitte, dem Minister sein Gehalt zu bewilligen (Heiterkeit); will ihn aber nicht loben, da ihm das kaum angenehm sein würde. Lob von dieser Seite würde die Herren drüben mißtraulich machen und damit dem Herrn Minister schaden. Die gerühmte volle Heiterkeit, mit denen gestern die Ausführungen meines Freundes Gothein begleitet wurden, ist schwer verständlich. Herrn Gamps Woge waren durchaus nicht so schön, daß man darüber lachen konnte; Sie lachten aber schon, ehe noch Herr Gamp einen Witz machte. Ich bedauere das, denn ich wünsche, daß in diesem Hause der feinste Ton herrsche. Wenn Herr Gothein auch ein lebhafter Mann ist, so ist es doch nicht schön, ihn in dieser Weise zu behandeln. Sachlich kann man uns ja widerlegen und ich finde gar nicht, daß Gothein so unsinnige Dinge gesagt hat. Die Behauptung von der übermäßigen Ausdehnung des Grundbesitzes im Osten ist doch nicht so unangebracht. Herr Gamp hat sie nur entstellend. Er wird doch nicht bestreiten wollen, daß es Güter von einer Ausdehnung giebt, die weiter als zwei Kilometer vom Wirtschaftshof entfernt bewirtschaftet werden müssen; sollte Herr Gamp das bestreiten, so möchte ich mich um den von ihm ausgelegten Preis bewerben, denn ich verwalte selbst ein solches Gut. Wie man die Abgaben für die Benutzung gewisser Anlagen großer Städte, wie Schlachthäuser, Wasserleitungen u. a. als Schutzzoll bezeichnen oder sie mit solchem auf gleiche Linie stellen kann, wie Herr Gamp es that, ist mir unverständlich. Meine Freunde würden sich freuen, wenn es bei künftigen Handelsverträgen gelänge, für die Landwirtschaft bessere Bedingungen zu erlangen als bis bisher; es fragt sich doch nur, welche Gegenleistungen von uns dafür gefordert werden. Wir ist zweifelhaft, ob bei solchen Fragen Herr Gamp mit dem Minister übereinstimmt. Wenn die Landwirtschaft wirklich so krank ist, wie Sie drüben behaupten, so sollten Sie doch dem Minister nicht gleich den Vorwurf machen, er habe kein Herz für die Landwirtschaft, weil er die Mittel nicht geben will, die Sie wünschen; auch uns sollten sie diesen Vorwurf nicht machen. Seien Sie scharf in der Sache, aber nicht in der Form und nicht gegen die Person und wenn der Präsident gesagt hat, es gäbe keine einsichtigeren Leute als die Abgg., so lassen Sie uns so verhandeln, daß jeder sagen muß: Es giebt kein sachverständigeres und anständigeres Parlament als das preussische Abgeordnetenhaus. (Beifall.)

Abg. Pleß (Zr.): Die Regelung des Wasserrechts ist dringend nötig und da es ja scheint, als ob die Vorarbeiten beendet sind, so wolle er die Regierung um möglichste Beschleunigung bitten.

Abg. Ring (L.): Das Verhalten des Hauses gegenüber Herrn Gothein erklärt sich daraus, daß er sich über landwirtschaftliche Dinge nicht völlig unterrichtet zeigt. (Sehr richtig!) Dem Minister danken wir für seine Erklärung; sie wird freudig wiederholt im Lande finden. Weber geht dann auf die Verhältnisse ein, um nachzuweisen, daß wir bei den künftigen Handelsverträgen sehr vorsichtig sein müssen und daß wir uns vor Schädigungen hüten müssen, wie sie uns durch die differentielle Behandlung des Zuckers von Amerika zugefügt sind. Wir haben leider nicht mit Erhöhung der Fleischzölle geantwortet, wie Frankreich das getan hat. Im Lande versteht man nicht, wie es bei dem bekannten und von uns gebilligten Standpunkte des Ministers in der Frage der Viehschaden-Verhütung noch immer gehen kann, daß Gänge von Rußland über unser Land verlaufen. Es muß da doch noch andere Einflüsse geben, denen gegenüber der Minister maßlos ist. Erwünscht wäre jedenfalls eine statistische Mitteilung über die Schädigungen und Viehschaden in den Quarantäne-Anstalten. Von den im vorigen Jahre in Aussicht gestellten Abhilfemaßregeln in Bezug auf die Ueberwachung der Quarantäne-Anstalten sind leider keine ausgeführt. Die Bewegung zu Gunsten der Einfuhr holländischen Viehs ging von einigen Freischmiedewirtschaften aus, die aber selbst von ihrem Antrage zurückgekommen sind, da sie sich überzeugen haben, daß derselbe nicht für alle Landwirthe nützlich ist.

Minister Frhr. v. Hammerstein theilt mit, daß von der preussischen Regierung an den Bundesrath der Antrag gerichtet ist: 1. die auf Tuberkulin reagierenden Kinder von der Einfuhr zurückzuführen, 2. die nicht reagierenden Kinder sofort abzuschieben zu lassen, 3. auf dem Landwege nur die Einfuhr nicht mehr als vier Jahre alter Kinder zuzulassen. (Bravo!) Die statistischen Erhebungen über die Tuberkulin-Wirkungen in den Schlachthäusern werden vierteljährlich veröffentlicht. Endlich ist Vorfrage getroffen, daß an eine Oeffnung der holländischen Grenze nicht zu denken ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Ricker (fr. Vereinig.) bittet den Minister um seine Erklärung gegenüber den Maßnahmen der westpreussischen Behörden gegen die dortige Ror-Genossenschaft auf Grund der neuen Ror-Ordnung.

Minister Frhr. v. Hammerstein: Ich theile mit, daß die Ror-Ordnung, welche die Ror-Genossenschaft in Preußen regelt, in der That eine Verbesserung ist. Die Ror-Genossenschaft in Preußen regelt, in der That eine Verbesserung ist. Die Ror-Genossenschaft in Preußen regelt, in der That eine Verbesserung ist.

Abg. Ricker (fr. Vereinig.) bittet den Minister um seine Erklärung gegenüber den Maßnahmen der westpreussischen Behörden gegen die dortige Ror-Genossenschaft auf Grund der neuen Ror-Ordnung.

neuen Ror-Ordnung. Die Genossenschaft hat den Ror nahe gebracht, Alles was zur Abwendung und Unterdrückung der Seuchengefahr nötig ist, findet unsere volle Billigung, nur darf darunter kein Unrecht bestehender Verträge verstoßen werden. Mit den Erklärungen des Herrn Ministers sei nicht viel anzufangen. Wogin sollen denn die Dinge stehen? Sehen wir das abschreckende Beispiel nicht in Italien? Haben wir denn nicht in der Korrespondenz über die Wahl des Grafen Dönhoff gelesen, was die Gründe der Handelsverträge sind? Handelspolitik läßt sich nicht von der übrigen Politik trennen. (Widerpruch rechts.) Veranlasse der Minister doch eine Enquete der Landwirtschaft, bei der die Leute kontraktlichern vorkommen werden. Die Domänen-Verwaltung erfolgt uns solche Enquete nicht.

Minister Frhr. v. Hammerstein verweist auf die Odenburger Ror-Ordnung, die von den Behörden streng gehandhabt wird, und die besten praktischen Resultate gehabt hat. Der Minister appelliert an den Patriotismus der Westpreußen, die von ihren Vertretern im Interesse der heimischen Pferdegüter absehen möchten und sich den beherrschenden Anordnungen unterwerfen; dann werde ihnen die Unterstützung der Regierung nicht fehlen. (Bravo!)

Abg. Graf Arnim (L.) wendet sich gegen Gothein, dessen Unkenntnis landwirtschaftlicher Dinge in Verbindung mit der scharfen Form seiner Ausführungen bei seinen (Webers) Freunden verkehrend wirken müßten und deshalb eine scharfe aber wohlverdiente Zurückweisung erfahren.

Abg. Sieg (nl.): Die Beseitigung des Terminhandels ist eine der besten gegenseitigen Resultate. (Sehr richtig!) Unsere Preise sind durchaus konform denen des Auslandes. Die Aufhebung des Terminhandels hat bei der letzten Ernte den Landwirthen Millionen in den Schoß geworfen. In der Provinz ist der legitime Handel zusehends und dann geht Sie das andere garnichts an. (Heiterkeit.) In Berlin füttert die „Voss. Zig.“ ihre Leser mit Schauerartikeln; es ist eben nicht so glauben, wie beschränkt der Gesichtspunkt dieser Leute ist. Im Osten ist der Großgrundbesitzer der Hauptkulturträger gewesen. In Westpreußen ist auf dem Lande eine große Menge von Intelligenz aufgekommen, die ausgenutzt wird für den Staat und für die Arbeiter. Wie kann man uns Lebensmittel-Vertheurer nennen? Was ist denn verheerend? Zucker ist billiger denn je; nur Schweinefleisch ist theurer, Rinder und Schafe sind unerkäuflich. Möge der Minister nur noch für den Bau neuer Bahnen im Osten sorgen, wo sie von großem Segen sind. Bei den Weiden werden Landwirtschaft und Industrie zusammengeführt.

Abg. Tirt (Konf.) tritt für strenge Grenzsperrung gegen Holland ein.

Abg. v. Arnim (Zentr.) wendet sich ebenfalls gegen Gotheins Ausführungen.

Abg. v. Pöls (frei, Wg.) verliest eine Erklärung namens seiner Fraktion, worin ausgeprochen wird, daß seine Fraktion die gestrige Erklärung des Ministers mit Genugthuung begrüßt, dem Abg. Ricker das Recht abspricht, namens der Industrie zu sprechen und daß seine Freunde der Meinung sind, daß weitere Zugeständnisse der Landwirtschaft gemacht werden können, ohne die Industrie zu schädigen. (Beifall rechts.)

Abg. Göthein (frei, Wg.) bestreitet dem Abg. v. Pöls das Recht, im Namen der gesamten Industrie zu sprechen. Er, Weber, habe auch Fühlung mit industriellen Kreisen und wisse, daß man dort vielfach anders denke. Weber wendet sich ausführlich gegen die wider ihn erhobenen Angriffe.

Abg. v. Pöls (Konf.) will den Minister für jetzt nicht zu weiteren Erklärungen drängen; seine Ausführungen waren ja hoffnungsvoll. Gehehalten müssen die Landwirthe an einer Veränderung der Zollpolitik gegen Amerika und an der Aufhebung der zollfreien Transitländer. Wenn Herr Gothein das Nachen unangenehm ist, dann möge er besser reden, dann werden wir nicht lachen. (Sehr richtig!) Der Hinweis auf andere, neue Zweige der Landwirtschaft nützt wenig, denn wenn alle Landwirthe anfangen, Geflügel zu züchten, Eier zu legen und Kammeln zu bauen (Große Heiterkeit), dann dauert es nicht lange, bis auch diese Produkte unverkäuflich sind. Daß die Handelsverträge gehalten werden müssen, haben wir stets betont. Der „Nordost“ ist eine freisinnige Schöpfung, zu der die Mittel vom Freisinn und von der Woge genommen werden, um Uneinigkeit zwischen Groß- und Kleingrundbesitz zu stiften.

Hierauf verlag sich das Haus.
Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 29. Januar. Aus dem Kultusministerium ist an sämtliche königliche Regierungen der nachstehende Zirkular-Erlass ergangen: „Die königliche Regierung veranlasse ich, so schnell wie möglich die Höhe der von den katholischen (nicht altkatholischen) Einwohnern des dortigen Bezirkes aufzubringenden Staats-Einkommensteuer unter Zugrundelegung der Veranlagung für 1. April 1897-98 festzustellen und mir in einer Summe anzugeben. Von einer Mißfrage bei den katholischen Geistlichen oder Gemeinde-Organen ist dabei abzusehen. Es kommt mir nicht darauf an, zu erfahren, welche Steuerbeträge auf die einzelnen katholischen Kirchgemeinden entfallen, sondern nur darauf, den Gesamtbetrag der von den Katholiken zu zahlenden Staats-Einkommensteuer festzustellen.“ Die Erliste „Alln. Volkstz.“, welche diesen Erlass veröffentlicht, vermutet, daß das zu sammelnde Material bei der Erörterung der kirchlichen „Paritäts“-Beschwerden im Abgeordnetenhaus Verwendung finden solle.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung der Militärstrafprozeßreform legte ihre Verhandlungen fort und beschäftigte sich zunächst mit den Bestimmungen über Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen u. s. w., welche auf Antrag des Zentrums in veränderter Form angenommen wurden. Im Weiteren werden gegen den Widerspruch der Regierungsbereiter zwei neue Paragraphen, 236a und 236b, eingefügt, welche die Antragsstellung präzisieren. Darauf

Annahme von Anzeigen Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: H. Wölfe, Koenigstein & Wölfe, G. L. Dauthe, Invalidenbank, Berlin. Wilm. Lindt, Carl Gerstmann, Oberfeld W. Schenke, Greifswald G. Wölfe, Halle a. S. Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Kootbaar, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Feinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

ging man zu den Artikeln über, welche von der Öffentlichkeit des Hauptverfahrens handeln. Der zweite Absatz des § 270 lautet: „Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Formen der Ausschluss der Öffentlichkeit aus Gründen der Disziplin zu erfolgen hat, bestimmt der Kaiser.“ Diesen Absatz beauftragt Prinz Arenberg (Ztr.) zu streichen und begründet dies damit, daß die Bestimmung mit der Unabhängigkeit der Richter nicht vereinbar sei und es sich nicht empfehle, die Autorität des Kaisers direkt herbeizuziehen. Hierzu giebt Kriegsminister von Söller eine längere Erklärung ab, in welcher er ausführt, daß die Frage der Öffentlichkeit einer der schwierigsten Hauptpunkte gewesen sei, welche bei den Vorberathungen der kaiserlichen Entscheidung bedurften. Sämtliche Generalammandos hätten sich damals gegen die volle Öffentlichkeit ausgesprochen, wodurch die Entscheidung dem Kaiser außerordentlich schwer geworden sei. Trotzdem habe der Monarch die Zulassung der Öffentlichkeit zugegeben und verschiedene Einschränkungsversuche verworfen. Wichtig der Frage, wie die Öffentlichkeit praktisch zu handhaben sei, stehe aber das Recht des Kaisers fest, zu dem vorliegenden Gesetzentwurf Ausführbestimmungen zu treffen. Hierzu habe jedoch der Kaiser erwidert, „das könne den Vorwurf hervorrufen, daß auf Umwegen eine Beschränkung der Öffentlichkeit wieder eingeführt werden solle und es doch richtiger sei, das kaiserliche Recht im Gesetz selbst zum Ausdruck zu bringen.“ Im Entwurf habe er doch auf so viele wichtige Rechte verzichtet, daß im Gesetz selbst wenigstens einiger Ersatz durch Hervorhebung einzelner kaiserlicher Rechte geschaffen werden müsse. Der Kriegsminister gab sodann seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die staatsrechtlichen Parteien des Reichstages ungewisse Rechte des Kaisers nicht in Frage stellen würden. Es sei unwürdig, an den Worten des Kaisers zu zweifeln, welcher im § 269 die Öffentlichkeit zugegeben habe und niemals auf einem Schleichwege die Zurücknahme seines Wortes wieder erreichen wolle. Abg. Dr. Lieber ist durch die Erklärungen des Kriegsministers befriedigt; er schlägt vor, über den Paragraphen heute nicht abzustimmen, sondern bis zur zweiten Lesung eine Fassung zu finden, die eine Verhängung zulasse. Nachdem jedoch ein sozialistischer Antrag zu dem § 270 abgelehnt worden war, wird die Abstimmung vertagt und die Beratung geschlossen. Nächste Sitzung: 3. Februar.

Das königliche bayerische 3. Infanterie-Regiment Prinz Karl von Bayern besteht am 1. Februar 200 Jahre. Unter dem Kurfürsten Johann Wilhelm wurde es am 1. Februar 1698 „mit dem Range vor allen übrigen“ errichtet. Damals hieß es das „Garde-Grenadier-Regiment“; jechsmal wechselte es die Benennung, bis es 1799 den Namen des damals erst 4-jährigen Prinzen erhielt, den es laut Verfassung vom 7. November 1866 für immerwährende Zeiten führen soll.

Die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz ist in der Riviera eingetroffen und wird ihrer Gesundheit wegen die nächsten drei Monate in Mentone bleiben.

Am 31. Januar und 1. Februar findet in Berlin eine Konferenz über das kaufmännische Unterrichtswesen statt, in welcher auch die Frage der Errichtung von Handelsfachschulen zur Beratung kommen wird.

Schweiz.

Der deutsche Gesandte in Bern, Graf Latendorf, überreichte gestern dem eidgenössischen Bundespräsidenten sein Abschiedsschreiben. Der Bundesrath gab zu Ehren des Scheidenden Gesandten gestern ein Festmahl.

Italien.

Rom, 29. Januar. Der Papst gewährte gestern dem deutschen Bildhauer Professor Kopf, der eine Portraitskizze von ihm anfertigt, eine einstündige Audienz.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. Januar. Das am Donnerstag stattgehabte Kunstlerfest auf Belle Vue verpflücht, wie das uns vorliegende Programm beweist, eine ebenso vielseitige wie interessante Unterhaltung. Der Abend beginnt um 7 1/2 Uhr mit Spezialitäten-Theater, bei dem es an Gesang, Deklamation und Tanz nicht fehlt und auch der „unordentliche Wida“ seine lustigen Gaben spenden wird. Es folgt dann das „Jahrmarschfest zu Bismarckweilern“ mit den verschiedensten Leberausführungen, woran sich das Gesamtprogramm des Theaters beifolgt. Im Theater ist inzwischen auf ihren Meisewagen das Böhmische Schaniertheater des Direktors C. Umpe eingetroffen, um den „geschundenen Raubritter“ zu verarbeiten, wobei die erste Heldin dieses Theaters, Fräulein Wiskalski als „Kunigunde“ ihren ganzen Liebreiz aufbieten wird, das Publikum zu begeistern. Das Stück geht in drei gewaltigen Abtheilungen vor sich: 1. „Abelgunde oder Das Gelbe vom Ei.“ 2. „Das gebratene Menschenherz.“ 3. Der blutige Pantoffel an der Kirchhofmauer. — Im Nebenraum bringt das Fest noch manche Abwechslung, welche wir, um den Effekt nicht zu verderben, nicht verrathen dürfen.

Einige Bazararmenischer Siedereien sowie handgeknüpfter Smyrna-Tepiche haben wir für einige Tage der kommenden Woche in unserer Stadt. Der „Deutsche Hilfsbund zur Linderung des Nothstandes in Armenien“ stellt für dem Dienstag ab im Laden Gieselerstraße 53 (Evangel. Vereinshaus) zum Verkauf aus; in liebenswürdiger Weise hat der Vorstand des Vereinshauses den Laden dem Hilfsbunde überlassen und einige Stettiner Damen haben den Verkauf freundlich übernommen. Die in den Nothstandsgebieten Armeniens von Frauen und Mädchen angefertigten Handstickereien, mit deren Verfertigung der Hilfsbund vielen Hunderten der armen, verelenden Waisen und Waisen bisher Arbeit und Verdienst hat bieten können, werden gewiss auch in unserer Stadt viel Liebhaber finden, zumal die Sachen anerkannt schön sind. Das Hilfswerk in den Nothstandsgebieten besteht nicht darin, den arbeitslosen Hungernden Leuten durch die Arbeitsgelegenheit anzubieten, es ist also ein Werk, dem jeder ebdenkende Mensch seine Unterstützung nicht versagen wird. Die hiesigen

